

»Es war nicht alles falsch, was wir früher über den Kapitalismus gelernt haben« Empirische Ergebnisse einer Längsschnittstudie zum Weg junger Ostdeutscher vom DDR-Bürger zum Bundesbürger Peter Förster, Leipzig

Vor fast genau zehn Jahren resümierten Walter Friedrich und ich in dieser Zeitschrift die ersten Schritte der jungen Ostdeutschen aus der mit der politischen »Wende« untergegangenen DDR in die Bundesrepublik Deutschland, die Auswirkungen des abrupten Systemwechsels auf die Lebensbedingungen und die Mentalität der ostdeutschen Jugend.¹ Anhand der Ergebnisse von neun bevölkerungsrepräsentativen Meinungsumfragen des damals noch existierenden Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig zwischen November 1989 und Dezember 1990 skizzierten wir die in diesem kurzen Zeitraum bei der DDR-Bevölkerung, besonders bei den Jugendlichen abgelaufenen Wandlungsprozesse im Denken über den bevorstehenden Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. Wir schrieben dort, dass die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ein tiefer Einschnitt im Leben der jungen Leute im Osten war, ein Ereignis, dessen ganze Tragweite für das Leben der jungen Bundesbürger im Osten wohl erst in einigen Jahren ersichtlich werde.

An diesen Gedanken möchte ich in diesem Beitrag anknüpfen. Empirisch kann ich mich auf Daten der »Sächsischen Längsschnittstudie« stützen, eine Jugendstudie, die man heute als Rarität, ja als Glücksfall sozialwissenschaftlicher Forschung bezeichnen kann. Sie gehört zwar nicht zu den deutschlandweiten Jugendstudien wie insbesondere die jüngste Shell-Studie »Jugend 2000«, sagt aber dennoch viel über Jugendentwicklung in Ostdeutschland aus, und zwar infolge von zwei Besonderheiten ihrer Anlage.

Die erste Besonderheit: Es handelt sich um eine *Längsschnittstudie*. Die Teilnehmer wurden zu den interessierenden Themen nicht nur einmal befragt, sondern mehrmals. Auf diese Weise konnten bei den einbezogenen Jugendlichen über Momentaufnahmen hinaus bemerkenswerte *Veränderungsprozesse ihrer Mentalität und Lebenslagen* über einen längeren Zeitraum hinweg dokumentiert werden. Schon das hat heute Seltenheitswert.

Die zweite Besonderheit macht zugleich die Einzigartigkeit der Untersuchung aus: *Die ersten Befragungen wurden bereits vor der »Wende«, in den Jahren 1987 bis 1989 durchgeführt.* Im Frühjahr 1989 waren die beteiligten Jugendlichen 16 bzw. 17 Jahre alt, standen kurz vor dem Verlassen der 10. Klasse. Ab 1990 konnten die Befragungen mit einem hinreichend großen Teil der Jugendlichen fortgesetzt werden, vorläufig bis Sommer 2000 in bisher elf Untersuchungswellen. Insgesamt fanden seit 1987 14 Untersuchungswellen statt.

Damit ist diese Untersuchung die einzige in Ostdeutschland, die auf Daten zu politischen Orientierungen vor dem Systemwechsel zurückgreifen kann. Daraus ergibt sich die einmalige Möglichkeit, Auswirkungen des »sozialen Experiments« deutsche Einheit auf den politischen Mentalitätswandel dieser Jugendlichen zu erforschen.

Angesichts der Fülle der seit 1987 vorliegenden

¹ Walter Friedrich / Peter Förster: »Ostdeutsche Jugend 1990«, Teil I und II, DA 4/1991, S. 349 ff., und 7/1991, S. 701 ff.

Die Sächsische Längsschnittstudie

Start 1987 bei rund 1200 14-jährigen Schülern der 8. Klasse der POS:

In die Untersuchung waren Schülerinnen und Schüler aus den damaligen Bezirken Leipzig und Karl-Marx-Stadt einbezogen. Sie gehörten 72 Klassen aus 41 Schulen an, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Die Population war weitgehend DDR-repräsentativ für die jeweilige Klassenstufe. Die Schüler gehörten den Geburtsjahrgängen 1972/73 an; sie hatten als letzter Jahrgang die zehnklassige polytechnische Oberschule (POS) voll durchlaufen. Schriftliche Befragungen fanden in der 8., 9. und 10. Klasse statt. Im Frühjahr 1989 erklärten sich 585 Panelmitglieder bereit, an weiteren Untersuchungen nach der Schulzeit teilzunehmen.

Damalige hauptsächliche Untersuchungsgegenstände:

Langfristige Analyse des Prozesses der Entwicklung sozialistischer Grundüberzeugungen, insbesondere der Bindung an die DDR und an das sozialistische Gesellschaftssystem. Weitere Schwerpunkte: Einstellung zum Kollektiv, gesellschaftliche Aktivität, Lerneinstellung, Zukunftszuversicht, Lebensziele, Rezeption westlicher Sender.

Fortsetzung nach der »Wende« (ab Frühjahr 1990):

In der »Wende«-Zeit verringerte sich die Population durch Wohnortwechsel (vor allem in den Westteil) auf ca. 485 Teilnehmer. Von ihnen beteiligte sich (nunmehr postalisch) ein großer Teil an bisher elf Wellen, mit steigender Tendenz. Die jüngste, 14. Welle fand zwischen Mitte Juni und Ende August 2000 statt; 398 TeilnehmerInnen schickten ihren Fragebogen ausgefüllt zurück (höchste Beteiligung seit der »Wende«), das sind 82 Prozent der potenziellen Teilnehmer. Die Populationen nach der »Wende« entsprechen hinsichtlich ihres früheren politischen Profils der ursprünglichen Gesamtpopulation.

Forschungsgegenstände nach der »Wende«:

Wissenschaftliche Begleitung des Weges dieser jungen Ostdeutschen aus dem Gesellschaftssystem der DDR in das der Bundesrepublik, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger; Analyse von Nachwirkungen früherer Systembindungen und früherer Westsenderrezeption auf heutige politische Einstellungen.

Angaben zur Population der 14. Welle im Sommer 2000:

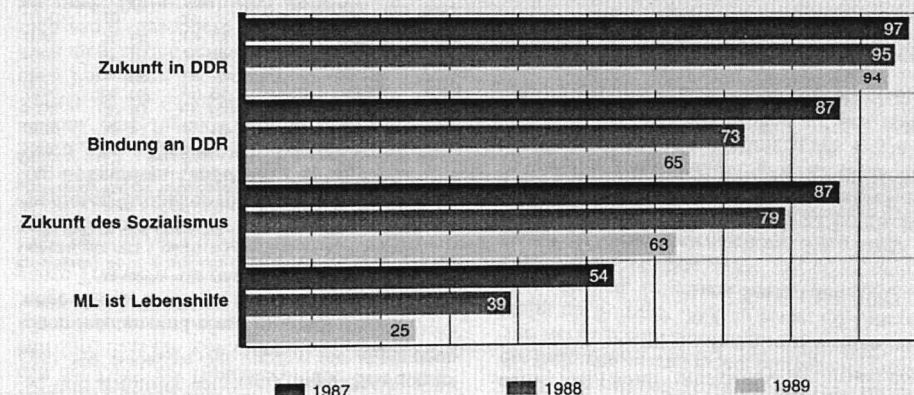
Durchschnittsalter: 27,2 Jahre; die meisten TeilnehmerInnen (67 %) sind erwerbstätig, 6 % studieren noch; 89 % haben ihre berufliche Ausbildung abgeschlossen; 28 % sind verheiratet (m: 18 %, w: 38 %); 36 % haben Kinder (m: 23 %, w: 49 %); nur noch 10 % wohnen im Elternhaus (m: 13 %, w: 7 %); 16 % leben in den alten Bundesländern, 2 % im Ausland.

quantitativen und qualitativen Daten² können wir in diesem Beitrag nur auf einige ausgewählte Schwerpunkte eingehen. Wir konzentrieren uns dabei auf langjährige Trends, aus denen hervorgeht, inwieweit die Panelmitglieder sich mit dem neuen Gesellschaftssystem identifizieren und mit ihm zurecht kommen. Außerdem beschreiben wir einige der Faktoren, deren Einfluss auf ihr Denken und Fühlen nachgewiesen werden konnte. Wir bleiben dabei bewusst vorwiegend auf der Ebene der Empirie, eine theoretische Diskussion der Daten würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Eine größere Publikation über die Studie ist in Vorbereitung. Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich in erster Linie auf die Altersgruppe der heute etwa

27- und 28-Jährigen. Repräsentativität für die ostdeutsche Jugend insgesamt wird nicht unterstellt. Wie Vergleiche mit repräsentativen Ju-

2 Vom Verfasser dieses Beitrages liegen aus jüngster Zeit folgende größere Publikationen zu dieser Studie vor: »Systemwechsel und Mentalitätswandel. Ergebnisse einer Längsschnittstudie bei ostdeutschen Jugendlichen zwischen 1987 und 1996«, in: Hans Oswald (Hrsg.), Sozialisation und Entwicklung in den neuen Bundesländern. Ergebnisse empirischer Längsschnittforschung. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 2. Beiheft 1998; Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Längsschnittanalyse des politischen Einstellungswandels bei ostdeutschen Jugendlichen vor und nach der Wende. Dokumentation ausgewählter Ergebnisse der Sächsischen Längsschnittstudie zwischen 1987 und 1998, Leipzig 1999; »Die 25jährigen auf dem langen Weg in das vereinte Deutschland«, Aus Politik und Zeitgeschichte B 43-44/99, S. 20-31.

Abbildung 1: Veränderung ausgewählter politischer Grundeinstellungen bei den Panelmitgliedern zwischen 1987 und 1989 (Anteile sehr starker und starker Zustimmung in Prozent)



Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

gendstudien (insbesondere mit der Shell-Studie »Jugend 2000«) jedoch belegen, widerspiegeln die Ergebnisse grundsätzlich die Situation vieler junger Ostdeutscher auf ihrem Weg vom DDR-Bürger zum Bundesbürger.

Ein Blick zurück: Trotz zunehmender Kritik an der DDR ein fast ungebrochener Glaube an eine sichere Zukunft in ihr

Die ersten drei Jahre der Studie fielen mit der Endzeit der DDR zusammen. Die bei den Panelmitgliedern zwischen 1987 und Frühjahr 1989 erhobenen Daten (Abb. 1) widerspiegeln die in diesem Zeitraum bei der DDR-Jugend generell beobachtete massive Veränderung des politischen Bewusstseins, der an anderer Stelle ausführlicher dargestellt wurde.³ Exemplarisch belegen wir das für einige politische »Grundüberzeugungen«, deren Herausbildung erklärtes Ziel der sozialistischen Erziehung war:

- »Der Marxismus-Leninismus gibt mir auf alle wichtigen Lebensfragen eine richtige Antwort.«
- »Ich fühle mich mit der DDR als meinem sozialistischem Vaterland eng verbunden.«
- »Dem Sozialismus gehört die Zukunft, trotz zeitweiliger Rückschläge.«
- »Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.«

Die Trends sind eindeutig: Die Überzeugung von der Bedeutung des »ML« als Lebenshilfe (schon 1987 nur noch schwach ausgeprägt), die politische Identifikation mit der DDR, der Glaube an den Sieg des Sozialismus zerfielen in dieser Zeit mehr und mehr. Ein »Nullpunkt« war allerdings selbst kurz vor der »Wende« nicht erreicht. Ablesbar ist aber auch: Das Vertrauen darauf, in der DDR eine »gesicherte Zukunft« zu haben, blieb faktisch erhalten. Im Frühjahr 1989 glaubten noch immer 94 % an eine gesicherte Zukunft in der DDR, darunter 62 % ohne Einschränkung. Selbst jene Panelmitglieder, die sich von der DDR politisch distanzieren, gingen mehrheitlich davon aus, dass sie ihnen eine gesicherte Zukunft bietet. Ein völliger Zusammenbruch des zunehmend kritisch bewerteten Staates wurde auch von ihnen nicht erwartet.

Diese Zuversicht hatte vorwiegend sozialpolitische Grundlagen, war kein ideologisches Bekenntnis zur DDR. Ein wesentlicher Grund dafür war, dass zu diesem Zeitpunkt für faktisch alle von ihnen (97 %) feststand, wie es nach der

3 Vgl. Peter Förster: »Die Entwicklung des politischen Bewusstseins der DDR-Jugend zwischen 1966 und 1989«, in: Walter Friedrich / Peter Förster / Kurt Starke (Hrsg.), Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, Berlin 1999, S. 70-165.

Tabelle 1: Einstellung zur »Wende« 1989 im Trend 1992 bis 2000

Jahr	1	2	(1+2)	3	4+5	X	V	POP	KOP	NEP
1992	60	20	(80)	17	3	1,6	–	–	–	–
1993	50	26	(76)	14	10	1,9	92:93	16	51	33
1994	57	21	(78)	16	6	1,7	93:94	29	58	13
1995	44	25	(69)	22	9	2,0	94:95	13	57	30
1996	48	25	(73)	19	8	1,9	95:96	25	55	20
1998	49	24	(73)	18	9	1,9	96:98	22	59	19
2000	53	28	(81)	13	6	1,7	98:00	25	61	14

Aussage: »Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.« – Das entspricht meiner Meinung: 1 vollkommen, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht. Die Längsschnittkoeffizienten POP, KOP und NEP geben die Anteile der sich zwischen den Erhebungswellen verändernden bzw. nicht verändernden Analysepersonen (Apn) wieder, ohne die Größe der Veränderungen auf der Antwortskala zu berücksichtigen. Weitere Koeffizienten können hier nicht dargestellt werden (vgl. dazu Rolf Ludwig: »Möglichkeiten der Ergebnisdarstellung bei Intervallstudien«, in: Uta Schliegel/ Peter Förster (Hrsg.), Ostdeutsche Jugendliche. Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger, Opladen 1997, S. 391–399). POP = prozentualer Anteil der Apn, die sich positiv verändert haben, wobei die niedrigeren Skalenplätze als die positiveren definiert sind; NEP = prozentualer Anteil der Apn, die sich negativ verändert haben; KOP = prozentualer Anteil der Apn, die sich nicht verändert haben. X = Durchschnittswert. Mit einem statistischen Test wird geprüft, ob der Unterschied zwischen den positiven und negativen Veränderungen signifikant ist (in der Tabelle durch Unterstreichen hervorgehoben). V = Vergleich der angegebenen Wellen; die Koeffizienten beziehen sich jeweils auf diese Vergleiche. Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

Schulzeit weitergeht. Bis auf wenige Ausnahmen hatten alle Absolventen ihren Platz an der Erweiterten Oberschule oder ihre Lehrstelle sicher bzw. wussten, dass sie ein Fachschulstudium beginnen oder eine Arbeit im Betrieb aufnehmen werden. In den Antworten auf offene Fragen zur DDR (ohne Vorgaben) dominierte eindeutig die Erwartung einer gesicherten persönlichen Zukunft, insbesondere einer gesicherten beruflichen Perspektive. Typisch waren Formulierungen wie »Mir gefällt, dass jeder eine Lehrstelle bekommt und der spätere Beruf gesichert ist«, »Ich brauche keine Angst zu haben, mal arbeitslos zu werden« oder »gesicherter Arbeitsplatz = gesicherte Zukunft«.

Wie die Fortsetzung der Studie nach dem Systemwechsel beweist, wirken diese sozialen Erfahrungen der damals 16 und 17-Jährigen mit der DDR bis in die Gegenwart nach, widerspiegeln sich vor allem im Systemvergleich DDR – heutige Bundesrepublik und bilden den Kern einer noch immer bestehenden emotionalen Verbundenheit mit der DDR. Insofern sind diese und andere vor der »Wende« gewonnenen Daten sehr aufschlussreich für das Verstehen heutiger, teilweise unerwarteter Reaktionen der Panelmitglieder auf das gegenwärtige Gesellschaftssystem. Wie noch belegt werden wird, ist auch die zu DDR-Zeiten erlangte politische Sozialisation nicht völlig wirkungslos geblieben.

Die im Folgenden dargestellten Trends beziehen sich jeweils nur auf die Panelmitglieder, die sich an der letzten, der 14. Welle 2000 beteiligt

haben. Für sie wurden die teilweise bis 1987 zurückreichenden Zeitreihen komplett neu berechnet. Damit ist sichergestellt, dass es sich (auch bei unterschiedlicher Größe der Populationen) um vergleichbare Daten *identischer Personen* handelt. Die Zahlenangaben in den Tabellen und Abbildungen sind (wenn nicht anders angegeben) Prozentwerte; im Tabellenkopf wird das nicht gesondert erwähnt. Die Abkürzung »Ap« bedeutet Antwortposition eines vorgegebenen Antwortmodells.

Ja zur »Wende« und zur deutschen Einheit

Zu den aussagekräftigsten Ergebnissen der Studie gehören die Trends der Einstellungen zur politischen »Wende« und zur deutschen Einheit – d. h. zu den Ereignissen, die das Leben der DDR-Bevölkerung und damit auch der Teilnehmer dieser Untersuchung von Grund auf veränderten. Wie die qualitativen Ergebnisse der Befragung im Frühjahr 1990 zeigten, wurde diese politische Zäsur von fast allen Teilnehmern positiv bewertet. Charakteristisch waren Formulierungen der damals etwa 17-Jährigen wie z.B. »Es wurde höchste Zeit mit der friedlichen Revolution« oder »Ich bin froh darüber, dass wir uns in einem politischen Umbruch befinden. Denn so wie bisher hatte es nicht weitergehen können.«

In den folgenden Jahren ist die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer bei ihrer grundsätzlichen Bejahung der »Wende« geblieben, die meisten davon sogar ohne Einschränkung (vgl. Tab. 1).

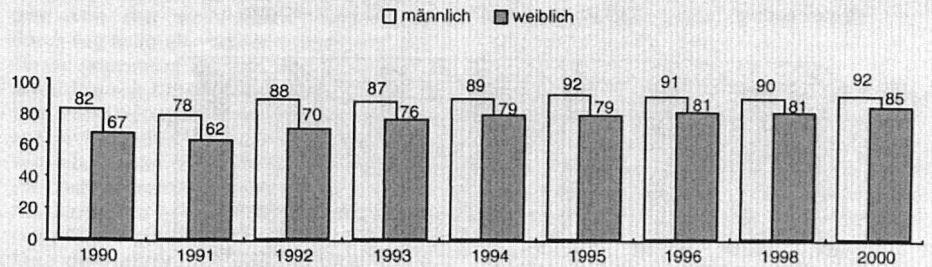
Tabelle 2: Grundeinstellung zur deutschen Einheit 1990 bis 2000

Jahr	1	2	(1+2)	3	4	X	V	POP	KOP	NEP
1990	39	34	(73)	18	9	2,0	–	–	–	–
1991	25	43	(68)	23	9	2,2	90:91	20	50	30
1992	32	46	(78)	19	3	1,9	91:92	23	66	11
1993	32	49	(81)	17	2	1,9	92:93	15	77	8
1994	34	49	(83)	15	2	1,8	93:94	16	71	13
1995	36	49	(85)	14	1	1,8	94:95	10	79	11
1996	39	47	(86)	12	2	1,8	95:96	14	74	12
1998	35	50	(85)	12	3	1,8	96:98	11	75	14
2000	42	47	(89)	11	0	1,7	98:00	20	70	10

Fragetext: »Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD?« – 1 sehr dafür; 2 eher dafür als dagegen; 3 eher dagegen als dafür; 4 sehr dagegen. Ab 1991 wurde der Fragetext mit dem Satz eingeleitet: »Wir hatten 1990 folgende Frage gestellt. Wie würden Sie heute antworten?« Die Untersuchung 1990 fand im Mai statt.

Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

Abbildung 2: Anteil der Panelmitglieder (in Prozent), die der deutschen Einheit einschränkungslos oder mit Einschränkung zustimmen (Ap. 1+2)



Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

Diese Daten belegen, dass nur eine Minderheit die früheren politischen Verhältnisse zurückwünscht. Die zusätzlich angeführten, nur bei Längsschnittstudien berechenbaren Koeffizienten verweisen allerdings auf einen erheblichen Anteil von Panelmitgliedern, deren Urteile sich von Welle zu Welle verändert, d. h. positiviert (POP) bzw. negativiert (NEP) haben, ein Indiz dafür, dass ein Teil dieser jungen Ostdeutschen noch nach einem Standpunkt sucht. Diese Suche kann durchaus auch Revisionen bisheriger Urteile in negativer Richtung einschließen, wie das z. B. zwischen 1992 und 1993 zu beobachten war. Für den Zeitraum zwischen 1998 und 2000 wird eine signifikante Positivierung ausgewiesen, die im Zusammenhang mit einem leichten Zuwachs an Zufriedenheit mit dem politischen System steht (s.u.). Bei der Einstellung zur deutschen Einheit ist dagegen eine fast kontinuierlich wachsende Zustimmung zu beobachten (vgl. Tab. 2).

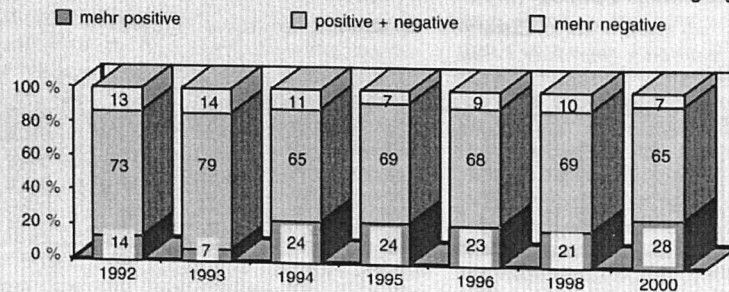
Ablesbar ist, dass sich der Anteil der Einheitsbefürworter zwischen Mai 1990⁴ und Sommer 2000, d. h. mit wachsendem zeitlichen Abstand zur Vereinigung und mit zunehmendem Alter, deutlich erhöht hat, wenn auch meist mit der Einschränkung »eher dafür als dagegen«. Aus den angeführten Längsschnittkoeffizienten geht

4 Leider stehen uns in dieser Studie keine Daten für die unmittelbare Wendezeit zur Verfügung. Wie die DDR-repräsentativen Meinungsumfragen des ZIJ jedoch eindeutig belegen, standen sich im November 1989 Befürworter und Gegner der deutschen Einheit noch etwa gleich stark gegenüber. Auch bei den Jugendlichen (und das trifft mit hoher Wahrscheinlichkeit auch für die Teilnehmer unserer Studie zu) bestand zu diesem Zeitpunkt eine Pattsituation, sogar mit einem leichten Übergewicht der Einheitsgegner. Zu einem sprunghaften Anwachsen des Anteils der Befürworter der Einheit kam es erst zwischen Ende 1989 und Februar 1990. Vgl. dazu Peter Förster: »Zwischen Wende und Ende der DDR. Ergebnisse der Meinungsforschung des ZIJ«, in: W. Friedrich u. a. (Anm. 3), S. 169 ff.; siehe auch Peter Förster / Günter Roski, DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch, Berlin 1990, S. 50 ff.

Tabelle 3: Zeitliche Vorstellungen von der Verwirklichung der wirtschaftlichen bzw. der inneren Einheit

Befragungsjahr	Mittelwert	prognostiziertes Jahr (gerundet)
a) wirtschaftliche Einheit		
1990*	6,2	1996
1996	14,3	2010
1998	13,7	2012
2000	14,7	2015
b) innere Einheit		
1990*	8,2	1998
1996	23,5	2020
1998	24,4	2022
2000	21,8	2022

Fragetext: »Wie lange wird es dauern a) bis es den Ostdeutschen wirtschaftlich so gut geht wie jetzt den Westdeutschen?, b) bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen sind?« Die Daten von 1990 stammen nicht aus dieser Studie, sondern aus einer DDR-repräsentativen Umfrage des ZfJ vom September 1990, berechnet für die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen. Quelle für 1996–2000: Sächsische Längsschnittstudie.

Abbildung 3: Urteile über die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung

Fragetext: »Wenn Sie die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung bilanzieren: Gab es mehr positive oder mehr negative Veränderungen?« – Insgesamt gesehen gab es in Ostdeutschland: 1 mehr positive Veränderungen; 2 sowohl positive als auch negative; 3 mehr negative Veränderungen. Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

außerdem hervor, dass der Anteil der Panelmitglieder mit von Welle zu Welle sich verändernden Einstellungen generell abgenommen hat, der Anteil derer mit konstanten Einstellungen (KOP) dagegen auf etwa drei Viertel der Panelmitglieder angestiegen ist. Dieser vergleichsweise hohe Anteil lässt darauf schließen, dass die meisten von ihnen eine verhältnismäßig stabile, überwiegend bejahende Haltung zur deutschen Einheit einnehmen.

Das vereinte Deutschland ist für diese jungen Ostdeutschen inzwischen zu einer *Selbstverständlichkeit* geworden, die – von einer Minderheit abgesehen – nicht in Frage gestellt wird. Sie haben von ihm Besitz ergriffen, anerkennen und nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung, vielfach auch für ihre berufliche Karriere, vor allem aber dafür, die neu gewon-

nene Reisefreiheit zu praktizieren. Diese steht bei den Angaben über die positiven Seiten der Vereinigung klar an erster Stelle, allerdings fast ausnahmslos durch die so oder ähnlich formulierte Einschränkung ergänzt wie »Reisen ist nur möglich, wenn man auch das nötige Kleingeld hat, sprich eine Arbeit besitzt und Geld verdienen kann.«

Die nach Geschlechtergruppen differenzierte Zeitreihe (Abb. 2) lässt jedoch noch eine weitere, grundsätzliche Tendenz erkennen, die auch auf andere politische Einstellungen zutrifft.

Zu fast allen Untersuchungszeitpunkten plädieren die weiblichen Panelmitglieder signifikant zurückhaltender für die deutsche Einheit als die männlichen, sprechen sich dafür etwa doppelt so häufig dagegen aus. Ein wesentlicher Grund dafür ist die aus vielen weiteren Ergebnissen dieser Studie ablesbare Tatsache, dass die jun-

gen Frauen teilweise erheblich stärker als ihre männlichen Altersgefährten von den negativen Folgen der Vereinigung betroffen sind. Symptomatisch dafür ist die deutlich längere Zeitdauer eigener Arbeitslosigkeit. Wir gehen noch näher darauf ein.

Ambivalente Beurteilung der Vereinigungsfolgen

Trotz der mehrheitlichen Bejahung der Vereinigung werden ihre Folgen für Ostdeutschland sehr widersprüchlich beurteilt, Ausdruck sehr widersprüchlicher Erfahrungen (Abb. 3). Die überwiegende Mehrheit reflektiert seit 1992 sowohl positive als auch negative Veränderungen, von den weiblichen Panelmitgliedern durchweg mehr als von den männlichen (2000: 70 % gegenüber 60 %). Bemerkenswert ist auch, dass seit 1994 häufiger überwiegend positive Veränderungen festgestellt werden, überwiegend negative Veränderungen dagegen tendenziell seltener. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Trend in den nächsten Jahren anhält, was auf ein Umdenken in der Beurteilung der Vereinigungsfolgen hindeuten könnte.

Trotz der mehrheitlichen Bejahung der Einheit wird ihre tatsächliche Verwirklichung immer weiter in die Zukunft verlagert. Das geht aus zwei offenen Fragen danach hervor, wie lange es wohl dauern wird, bis es den Ostdeutschen wirtschaftlich so gut geht wie jetzt den Westdeutschen bzw. bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer Gemeinschaft zusammengewachsen sind. Tabelle 3 informiert über die Mittelwerte der Gesamtgruppen der Teilnehmer der 12., 13. und 14. Welle sowie über die prognostizierten Jahre (vom jeweiligen Zeitpunkt aus betrachtet).

Im Mittel gehen die Panelmitglieder 2000 davon aus, dass es noch 14,7 Jahre dauern wird, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland denen im Westen angeglichen sind (das wäre im Jahr 2015). Im September 1990, kurz vor der Vereinigung, wurde im Ergebnis einer identischen Frage für die Altersgruppe der 18-24-Jährigen ein Durchschnittswert von nur 6,2 Jahren (DDR-Bevölkerung insgesamt: 6,1 Jahre) berechnet (das wäre 1996 gewesen). Noch wesentlich mehr Zeit wird den Vorstellungen der Panelmitglieder zufolge vergehen,

bis Ost- und Westdeutsche zu einer »richtigen Gemeinschaft« zusammengewachsen sind: im Durchschnitt 21,8 Jahre (d. h. im Jahre 2022). 1990 wurde hier ein Mittelwert von nur 8,2 Jahren ermittelt (d. h. 1998).

Der Zeithorizont des Zusammenwachsens beider Landesteile hat sich demnach seit der Vereinigung gravierend vergrößert. Das hat erhebliche Konsequenzen für das Denken und Verhalten der Panelmitglieder, von ihrer Zufriedenheit mit der jetzigen Gesellschaftsordnung bis hin zu Migrationsabsichten. So verringert sich mit zunehmender vermuteter Dauer der wirtschaftlichen Einheit deutlich der Anteil derer, die auf jeden Fall in den neuen Ländern bleiben wollen.

Politische Identifikation mit der Bundesrepublik

Trotz der mehrheitlichen Bejahung der deutschen Einheit, und obwohl die meisten Panelmitglieder gerne in der vereinten Bundesrepublik leben, ist die politische Identifikation mit ihr auch zehn Jahre nach der Vereinigung nur schwach entwickelt. Wir stellen in Tabelle 4 beide Aspekte gegenüber.

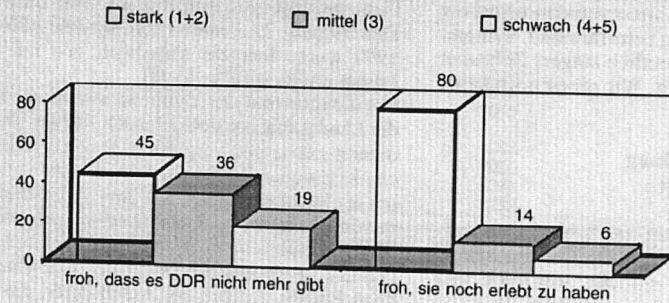
Tabelle 4: Aussagen der Panelmitglieder über die Bundesrepublik 2000

	1	2	3	4	5
»Ich lebe gern in der nunmehr vereinten Bundesrepublik Deutschland.«					
Gesamtgruppe	26	38	27	6	3
männlich	33	40	19	6	2
weiblich	20	36	34	6	4
»Ich fühle mich mit der Bundesrepublik politisch eng verbunden.«					
Gesamtgruppe	1	6	23	37	33
männlich	1	8	28	34	29
weiblich	1	4	19	41	35

Antworten: Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht. Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

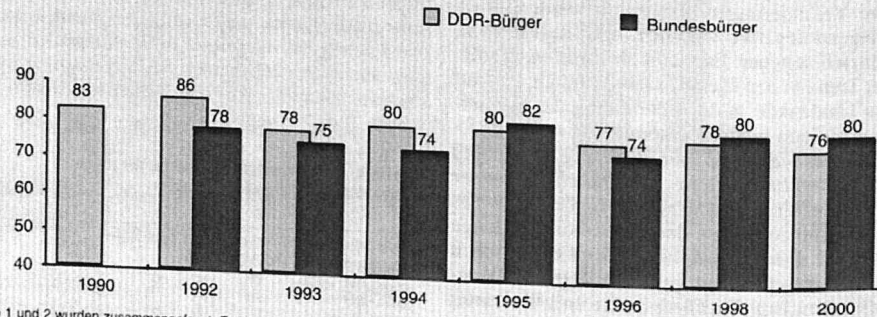
Zwar leben 64 % der Panelmitglieder gerne in der Bundesrepublik (von den weiblichen allerdings erheblich weniger als von den männlichen: 56 % gegenüber 73 %), politisch fühlen sich jedoch erst 7 % mit ihr verbunden. Diese hochgradige Widersprüchlichkeit des Denkens über das vereinte Deutschland geht auch aus weiteren Ergebnissen der Studie hervor. So ist zwar knapp die Hälfte der Panelmitglieder (45 %) froh darüber, dass es die DDR

Abbildung 4: Einstellung der Panelmitglieder zur untergegangenen DDR 2000



Fragetext: »Ich bin froh, dass es die DDR nicht mehr gibt.« bzw. »Ich bin froh, sie noch erlebt zu haben.« – Das entspricht meiner Meinung: 1 vollkommen, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht.
Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

Abbildung 5: Ausprägung der Identifikation mit der DDR bzw. mit der Bundesrepublik im Trend zwischen 1990 bzw. 1992 und 2000



Ap 1 und 2 wurden zusammengefasst. Fragetext: »Als was fühlen Sie sich? Als Bürger der ehemaligen DDR, als Bürger der Bundesrepublik?« – 1 ja, vollkommen, 2 ja, etwas schon, 3 nein, eigentlich nicht, 4 nein, absolut nicht.
Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

nicht mehr gibt (nur 19 % widersprechen dem, bedauern offenbar ihren Untergang), zugleich äußern reichlich drei Viertel (80 %), froh darüber zu sein, die DDR noch erlebt zu haben (Abb. 4).

Der hohe Anteil derer, die froh sind, die DDR noch erlebt zu haben, lässt darauf schließen, dass sich sehr viele Panelmitglieder noch immer positiv an sie bzw. an bestimmte Aspekte des Lebens in ihr erinnern. Das gilt selbst für die überwiegende Mehrheit jener Teilnehmer, die froh über ihren Untergang sind. Um welche Aspekte es sich dabei vor allem handelt, geht aus dem Systemvergleich frühere DDR – heuti-

ge Bundesrepublik hervor, auf den wir noch zurückkommen.

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse überrascht es nicht, dass sich der Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger als ein sehr langwieriger und widersprüchlicher Prozess mit teilweise unerwarteten Tendenzen erweist. Abbildung 5 veranschaulicht den Trend für beide Identitäten seit 1990 bzw. 1992.

Im Jahr 2000 fühlen sich reichlich drei Viertel der Panelmitglieder als Bürger der Bundesrepublik (80 %), zugleich fühlen sich jedoch fast ebenso viele noch als Bürger der untergegangenen DDR (76 %). Die beiden Prozentverteilun-

Tabelle 5: Zufriedenheit mit der Gesellschaft 2000

	1	2	(1+2)	3	4	X
Außenpolitik	4	49	(53)	34	13	2,5
Demokratie	3	43	(46)	43	11	2,6
Wirtschaftsordnung	2	37	(39)	50	11	2,7
Militärpolitik	3	35	(38)	40	22	2,8
politisches System	1	27	(28)	52	20	2,9
Familienpolitik	0	25	(25)	47	28	3,0
Gesundheitspolitik	1	22	(23)	47	30	3,0
Sozialpolitik	1	17	(18)	53	29	3,1
Jugendpolitik	0	10	(10)	52	38	3,3
Lohnpolitik in Ostdeutschland	0	9	(9)	30	61	3,5

Fragetext: »Wie zufrieden sind Sie mit dem Folgenden?« – 1 sehr zufrieden, 2 zufrieden, 3 weniger zufrieden, 4 unzufrieden.
Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

gen unterscheiden sich statistisch nicht. Die staatsbürgerliche Identifikation der Panelmitglieder mit der Bundesrepublik hat sich zwischen 1992 und 2000 nicht gravierend verstärkt. Die Identifikation mit der DDR ist im Untersuchungszeitraum 1990 bis 2000 trotz des gewachsenen Abstandes zu ihrem Zusammenbruch nur leicht rückläufig.

Für die Beurteilung der Identifikation mit der Bundesrepublik bzw. mit der DDR ist außerdem wesentlich, dass sich beide Aspekte keineswegs ausschließen. Die Kopplung des Zugehörigkeitsgefühls als Bundesbürger einerseits und als DDR-Bürger andererseits zeigt 2000 – leicht vereinfacht (die vier Antwortpositionen wurden dichotomisiert) – diese Relationen: 17 % fühlen sich vorwiegend als Bundesbürger und nicht mehr als DDR-Bürger; 63 % fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben; 13 % haben noch kein Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik entwickelt, fühlen sich jedoch noch als Bürger der DDR; 7 % fühlen sich weder als Bundesbürger noch als DDR-Bürger.

Diese Teilgruppen unterscheiden sich in allen relevanten politischen Einstellungen deutlich; wir können hier nicht näher darauf eingehen. Die Relationen zwischen ihnen haben sich seit 1992 nur leicht verändert. Für die meisten Panelmitglieder ist charakteristisch, dass sie schon Bundesbürger sind, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben. Das Zugehörigkeitsgefühl zur DDR ist offensichtlich tiefer verwurzelt als bisher meist angenommen wurde. Absehbar ist, dass die Herausbildung einer von »Resten« der DDR-Verbundenheit freien staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik noch längere

Zeit dauern wird und damit ein zentraler Gegenstand weiterer Untersuchungswellen bleibt.

Skepsis und Kritik gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem überwiegen

Die bisher dargestellten Ergebnisse lassen erkennen, dass die Bejahung der deutschen Einheit keineswegs gleichbedeutend ist mit Zustimmung zum neuen Gesellschaftssystem. Dieses wird auch ein reichliches Jahrzehnt nach dem Systemwechsel mehrheitlich skeptisch oder kritisch betrachtet. Ablesbar ist das u. a. an der überwiegend geringen Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten des Gesellschaftssystems, die im Rahmen unserer Studie seit mehreren Jahren untersucht werden. Tabelle 5 informiert über die im Jahr 2000 gewonnenen Ergebnisse. Mit einer Ausnahme überwiegt eindeutig geringe Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit. Verhältnismäßig günstig fällt noch die Beurteilung der Außenpolitik aus, mit der die geringe Hälfte der Teilnehmer sehr zufrieden oder zufrieden ist. Knapp die Hälfte (46 %) ist mit der Demokratie mehr oder weniger stark zufrieden, nur ein reichliches Drittel (39 %) mit der jetzigen Wirtschaftsordnung.

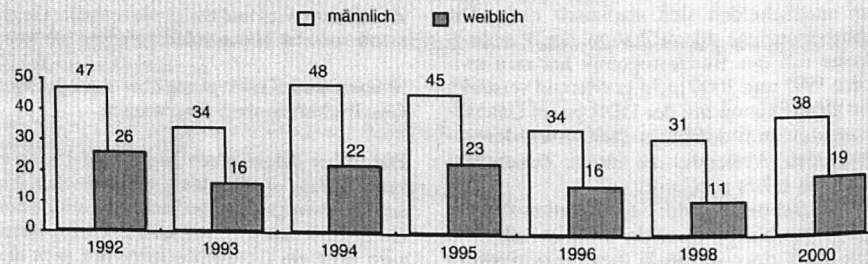
Mit den anderen Aspekten ist maximal rund ein Drittel zufrieden. Das betrifft in besonderem Maße das politische System. Noch geringer ist allerdings die Zufriedenheit mit der Sozial-, der Jugend- und der Lohnpolitik im Osten. Bei Letzterer ist mit 61 % der Anteil derer am höchsten, die völlig unzufrieden sind. Das verweist auf die Brisanz der Lohnsituation und die hohe Aktualität der Diskussion um eine Lohnangleichung an den Westteil. In den verbalen Angaben der Teilnehmer zu den positiven bzw.

Tabelle 6: Zufriedenheit mit dem politischen System im Trend 1992 bis 2000

Jahr	1	2	3	4	X	V	POP	KOP	NEP
1992	3	32	47	18	2,8	-	-	-	-
1993	3	22	50	25	3,0	92:93	11	65	24
1994	4	30	51	15	2,8	93:94	30	58	12
1995	1	32	51	16	2,8	94:95	14	66	20
1996	1	23	51	25	3,0	95:96	12	62	26
1998	2	19	53	26	3,0	96:98	17	65	18
2000	1	27	52	20	2,9	98:00	27	58	15

Fragetext: »Wie zufrieden sind Sie mit dem politischen System in der Bundesrepublik Deutschland?« – 1 sehr zufrieden, 2 zufrieden, 3 weniger zufrieden, 4 unzufrieden.
Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

Abbildung 6: Zufriedenheit mit dem politischen System im Trend 1992 bis 2000 (in Prozent)



Zusammengefasste Anteile der Positionen »sehr zufrieden« und »zufrieden«.
Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

negativen Folgen der Vereinigung wird im Jahr 2000 häufiger und drängender als in den vorhergehenden Jahren gefragt, wie lange diese ungleiche Behandlung wohl noch dauern wird. Ein interessantes Detail zur schwachen Zufriedenheit mit der Militärpolitik: Sie steht in engem Zusammenhang mit der umstrittenen Beteiligung Deutschlands am NATO-Einsatz gegen Jugoslawien, der nur von 39 % aller Teilnehmer zugestimmt wird, von den weiblichen Teilnehmern sogar nur von 27 %.

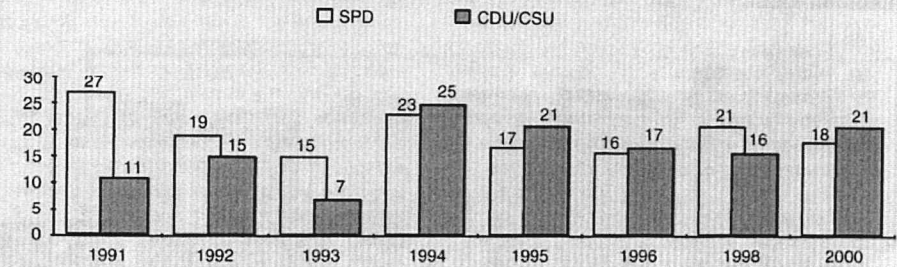
Zu vielen Aspekten liegen langjährige Trends vor, z. B. zur Zufriedenheit mit dem politischen System, einem der aussagekräftigsten und trennschärfsten Kriterien der Einstellung zum neuen Gesellschaftssystem (Tab. 6).

Der Anteil systemzufriedener Panelmitglieder geht zu keinem Zeitpunkt über ein reichliches Drittel hinaus, die wenigsten davon sind sehr zufrieden. Zwischen 1994 und 1998 war sogar ein signifikanter Abwärtstrend zu erkennen, der nachweislich in einem engen Zusammenhang mit dem Rückgang des Vertrauens zu den Unionsparteien CDU/CSU stand. Vermutlich führte

dieser Vertrauensverlust in diesem Zeitraum bei sehr vielen Teilnehmern zu einem generellen Vertrauensverlust gegenüber der jetzigen gesellschaftlichen Ordnung, insbesondere dem politischen System. Zwar dominiert auch im Jahr 2000 nach wie vor mehr oder weniger starke Unzufriedenheit, eine leicht positive Tendenz (signifikant) ist jedoch unübersehbar. Die nächste Untersuchung wird zeigen, ob sich eine Trendwende durchsetzt. Ein Blick auf die Längsschnittkoeffizienten zeigt darüber hinaus, dass die Veränderungen zwischen den Wellen größer sind als insbesondere bei der Einstellung zur deutschen Einheit. Auch in Bezug auf das politische System hält die Standpunktbildung an. Eine Teilnehmerin der Studie beschreibt das treffend mit dem Satz: »Ich bin noch dabei, das neue System zu testen.«

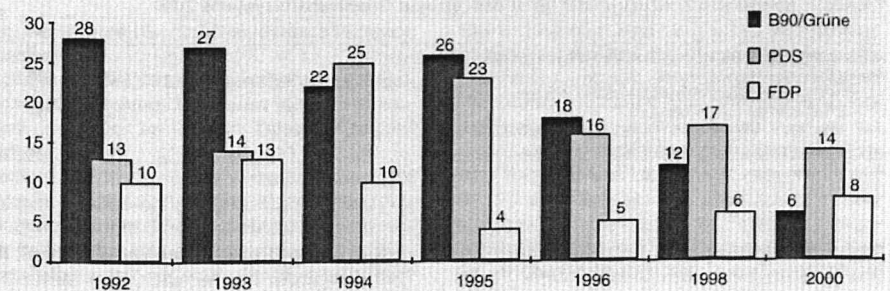
Der nach Geschlechtergruppen differenzierte Trend (Abb. 6) lässt erkennen, dass die weiblichen Panelmitglieder mit dem politischen System über den gesamten Zeitraum hinweg erheblich weniger zufrieden sind als ihre männlichen Altersgefährten (die Unterschiede sind durch-

Abbildung 7: Sehr großes bzw. großes Vertrauen gegenüber SPD und CDU/CSU



Ap. 1 und 2 wurden zusammengefasst. Fragetext: »Inwieweit haben Sie Vertrauen zu den folgenden Parteien?« – 1 sehr großes, 2 großes, 3 geringes, 4 überhaupt keins.
Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

Abbildung 8: Sehr großes bzw. großes Vertrauen gegenüber PDS, FDP und Bündnis 90/Die Grünen



Ap. 1 und 2 wurden zusammengefasst. Fragetext: wie Abb. 7.
Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

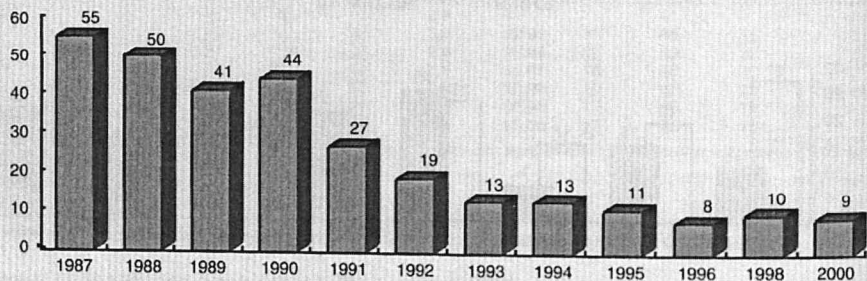
weg hoch signifikant). 81 % von ihnen sind 2000 mehr oder weniger unzufrieden – deutlicher kann die überaus kritische Sicht dieser jungen Frauen auf das jetzige Gesellschaftssystem kaum zum Ausdruck kommen. Zu denken geben muss auch, dass der Anteil der mit der Sozialpolitik mehr oder weniger stark zufriedenen Panelmitglieder im gesamten Zeitraum 1993 bis 2000 nur zwischen 15 % und 19 % schwankte.

Für die kritische Grundhaltung der meisten Panelmitglieder gegenüber dem gegenwärtigen Gesellschaftssystem gibt es viele weitere Belege. So haben zehn Jahre nach der Vereinigung nur wenige von ihnen Vertrauen zu den demokratischen Parteien gefasst. Aus den teilweise bis 1991 zurückreichenden Trends geht hervor: Die Vertrauensquoten erreichen bei keiner

Partei und zu keinem Untersuchungszeitpunkt ein Drittel der Panelmitglieder, sie liegen meist weit darunter. Wir belegen das zunächst für die beiden großen Parteien SPD und CDU/CSU (Abb. 7).

Bemerkenswert ist der klare Rückgang des Vertrauens zur CDU/CSU zwischen 1994 und 1998. Der leichte Anstieg im Jahr 2000 ist weiteren Daten zufolge vermutlich eher Ausdruck von Enttäuschung gegenüber der SPD. Auch den anderen demokratischen Parteien ist es in den neunziger Jahren nicht gelungen, das Vertrauen größerer Teile der Panelmitglieder zu gewinnen. Aufschlussreich ist insbesondere der Absturz der Vertrauensquoten gegenüber Bündnis 90/Grüne seit Mitte des Jahrzehnts (Abb. 8). Die schwache Vertrauensbasis der genannten Parteien insgesamt kommt bei einer übergrei-

Abbildung 9: Anteil der Panelmitglieder mit sehr starker bzw. starker Orientierung auf aktive Teilnahme am politischen Leben



Ap 1 und 2 wurden zusammengefasst. Fragetext: »Bitte geben Sie an, wie bedeutsam das Lebensziel ‚aktiv am politischen Leben teilnehmen‘ für Ihr Leben ist.« – 1 sehr bedeutsam, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam. Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

Tabelle 7: Einstellung zur Zukunftsfähigkeit des jetzigen Gesellschaftssystems 2000

	1	2	3	4	5
»Das jetzige Gesellschaftssystem wird die dringenden Menschheitsprobleme lösen.«	1	8	30	33	28
»Das jetzige Gesellschaftssystem ist das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell.«	0	7	33	29	31
Zum Vergleich: »Die sozialistischen Gesellschaftsideale werden sich eines Tages durchsetzen.«	2	7	23	36	32

Antwort: Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht. Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

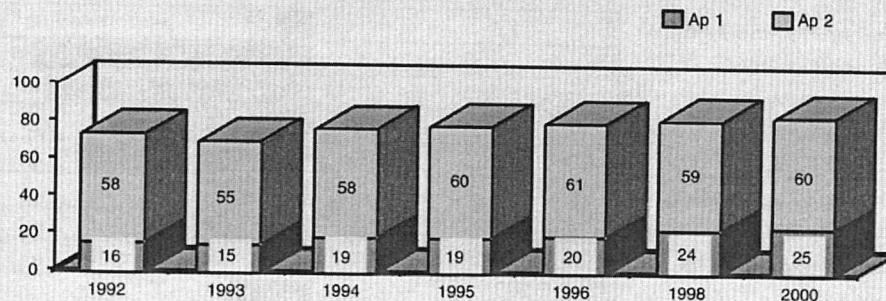
fenden Betrachtung noch deutlicher zum Ausdruck: Es zeigt sich, dass im Jahr 2000 54 % der Befragten zu keiner der genannten Parteien Vertrauen gewonnen haben. Das hat gravierende Konsequenzen für ihre Zufriedenheit mit dem politischen System: Teilnehmer, die Vertrauen zu einer oder mehreren demokratischen Parteien äußern, sind weitaus zufriedener mit dem politischen System als jene, die keiner Partei vertrauen: 42 % gegenüber 15 %. Damit steht im Zusammenhang, dass erst ein kleiner Teil von ihnen längerfristige Bindungen an die Parteien entwickelt hat. Auf die Frage, von welcher Partei sie sich am besten vertreten fühlen, nannten im Jahr 2000 nur 27 % wieder die Partei, für die sie sich schon 1998 entschieden hatten. Die vorherrschende Distanz gegenüber der jetzigen Ordnung geht nicht zuletzt aus der geringen Bereitschaft zum politischen Engagement hervor (Abb. 9).

Die Bereitschaft der Panelmitglieder zum politischen Engagement hatte bereits vor 1989 drastisch abgenommen, Widerspiegelung ihrer sich

verstärkenden Distanzierung von der Politik der SED. Erkennbar ist aber auch, dass dieser Abwärtstrend nach der »Wende« weitergegangen ist, ja sich (nach einer kurzzeitigen leichten Zunahme im Frühjahr 1990) sogar erheblich verstärkt hat – Ausdruck einer erneuten Enttäuschung und Verweigerung eines bedeutenden Teils der Panelmitglieder auch gegenüber dem neuen politischen System.

Aufschlussreich ist die Tatsache, dass das Streben der Panelmitglieder nach einem »Aufstieg in die oberen Schichten der Gesellschaft« nicht zugenommen, sondern deutlich abgenommen hat: Hatten sich das 1992 noch 32 % von ihnen stark vorgenommen, sank dieser Anteil bis 2000 fast kontinuierlich und hoch signifikant auf 15 % ab, die Quote der nicht auf eine Karriere in der Gesellschaft orientierten Teilnehmer stieg dagegen von 31 % auf 53 % an. Hintergrund ist u. a. die Erfahrung, als Ostdeutscher nur geringe oder keine Chancen zu haben, in die vorwiegend von Westdeutschen dominierte gesellschaftliche »Elite« aufgenommen zu werden – vermut-

Abbildung 10: Zurechtfinden in der neuen Gesellschaft



Anteile der Panelmitglieder, die sich einschränkungsfrei (Ap. 1) oder mit Einschränkungen (Ap. 2) zurechtfinden. Fragetext: »Wie kommen Sie – alles in allem – mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen zurecht?« – 1 vollkommen, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht. Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

lich ein generelles Problem der ostdeutschen Gesellschaft.

Die bestehende Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem kulminiert in weit verbreiteten Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit (Tab. 7).

Weniger als 10 % der Teilnehmer trauen dem jetzigen Gesellschaftssystem eine Lösung der dringenden Menschheitsprobleme zu bzw. sehen in ihm das einzige menschenwürdige Gesellschaftsmodell der Zukunft, rund 60 % bestreiten das, etwa ein Drittel äußert sich ambivalent. Diese mehrheitlich skeptische Sicht tritt in allen relevanten Untergruppen zutage, Ausdruck einer weitgehenden Übereinstimmung in der Grundhaltung gegenüber dem jetzigen System, das offensichtlich nicht als »Ende der Geschichte« angesehen wird. Allerdings werden auch der Verwirklichung sozialistischer Gesellschaftsideale kaum Chancen beigemessen (s. u.).

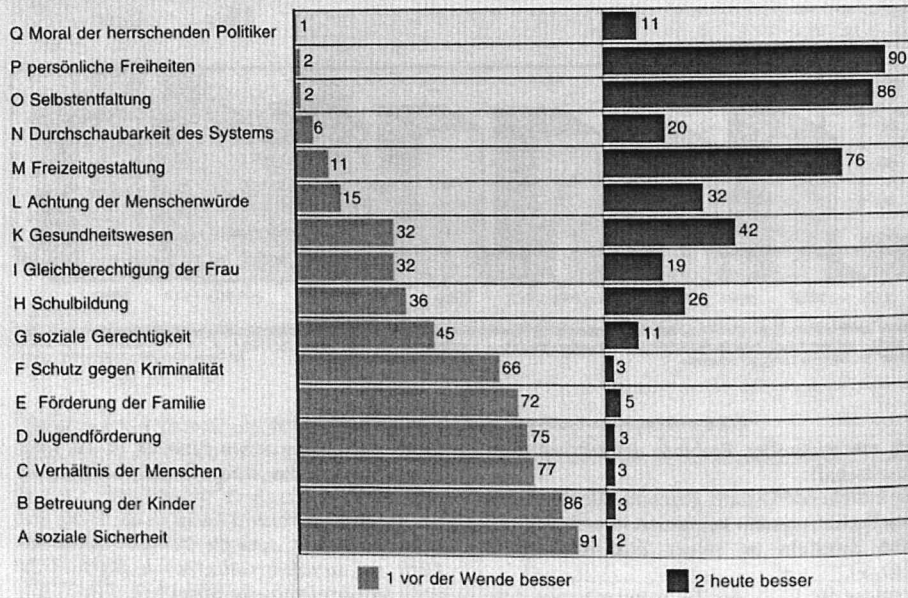
Erwähnt werden muss, dass die bestehende Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem die jungen Ostdeutschen keineswegs daran hindert, sich in der neuen Ordnung zurechtzufinden. Im Gegenteil: Wie unsere Studie belegt, kommen sie mit den jetzigen Verhältnissen durchaus zurecht, sogar mit zunehmender Tendenz (Abb. 10). Nur einzelne Teilnehmer haben größere Schwierigkeiten, die »Spielregeln« des jetzigen Systems zu erkennen und sich entsprechend zu verhalten.

Einen aufschlussreichen Einblick in das Meinungsbild über das jetzige Gesellschaftssystem gibt auch ein Vergleich wesentlicher Aspekte des gesellschaftlichen Lebens in der DDR und heute. Er belegt, dass die Verhältnisse in der DDR auf sozialem Gebiet auch gegenwärtig noch immer gut abschneiden (Abb. 11).

Wie zu sehen ist, geben die Panelmitglieder sehr differenzierte Urteile ab. Bei sechs der angeführten Gebiete meinen sie mehrheitlich, dass es vor der »Wende« besser gewesen sei: soziale Sicherheit, Betreuung der Kinder, Verhältnis der Menschen untereinander, Jugendförderung, Förderung der Familie, Schutz gegen Kriminalität. Vor allem auf diesen wesentlichen Gebieten des Lebens überwiegen bei den Teilnehmern offensichtlich nach wie vor positive Erinnerungen an die Zeit in der DDR.

Ein mehr oder weniger großer Vorsprung der früheren gegenüber der jetzigen Situation ist auch ablesbar im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit und Schulbildung. Ihnen stehen drei Gebiete gegenüber, bei denen die Teilnehmer mehrheitlich der heutigen Situation den Vorzug geben: die persönlichen Freiheiten, die Möglichkeiten der Selbstentfaltung, die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Ein Vorsprung der heutigen gegenüber der früheren Situation besteht außerdem im Hinblick auf die Achtung der Menschenwürde (31 % gegenüber 15 %); noch mehr (35 %) sind allerdings der Meinung, dass es kaum einen Unterschied zu früher gibt (nicht

Abbildung 11: Systemvergleich 2000 auf ausgewählten Gebieten des Lebens

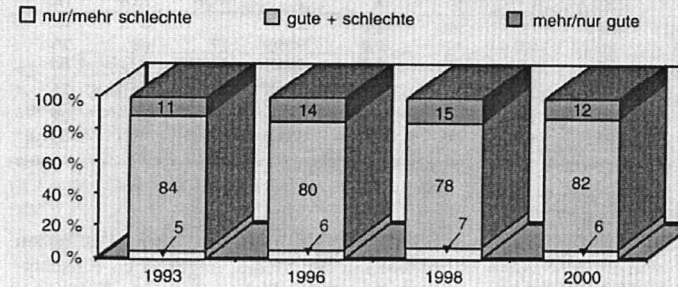


Frage­text: «Vergleichen Sie bitte auf einigen Gebieten des Lebens die Situation damals in der DDR vor der Wende und heute in Ostdeutschland» – Auf diesem Gebiet: 1 war es vor der Wende besser, 2 ist es heute besser, 3 gibt es kaum einen Unterschied, 0 Das kann ich nicht beurteilen (Ap. 3 und 0 nicht in der Abbildung aufgeführt).
Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

in der Tabelle aufgeführt), ein eher kritisches Urteil über die Gegenwart. Das gilt auch für die Durchschaubarkeit des politischen Systems (20 % zu 6 %), mit 54 % sehen jedoch die meisten keinen Unterschied zwischen früher und heute. Bemerkenswert ist das Urteil über die Moral der herrschenden Politiker: Zwar fällt der Vergleich mit 11 % zu 1 % zunächst leicht zugunsten der heutigen Politiker aus. Zwei Drittel (66 %) dagegen erkennen kaum Unterschiede zwischen damals und heute – Tendenz zunehmend. Bei den Trends fällt auf, dass seit 1993 mit äußerst geringen Prozentdifferenzen nahezu alle Teilnehmer hinsichtlich der sozialen Sicherheit die Situation vor 1989 präferieren, die Auffassungen darüber sind offensichtlich fest verankert. Ähnliches gilt für den Trend im Hinblick auf das Verhältnis der Menschen untereinander. Bemerkenswert ist weiter die kontinuierliche Zunahme der Präferenz der Zeit vor der Wende

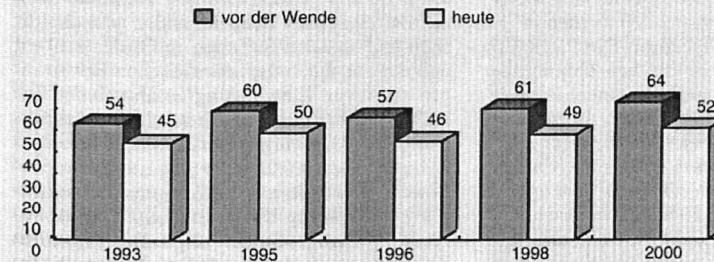
hinsichtlich der Schulbildung: 1996: 24 %; 1998: 33 %; 2000: 36 %. Über die genannten einzelnen Gebiete/Seiten hinaus äußern sich die Panelmitglieder verallgemeinernd zum Verhältnis von guten bzw. schlechten Seiten in der DDR (Abb. 12). Auch diese Ergebnisse lassen auf fest gefügte Urteile schließen: Die überwiegende Mehrheit vertritt seit Jahren die Meinung, dass es in der DDR sowohl gute als auch schlechte Seiten gegeben habe. Nur Minderheiten schreiben ihr überwiegend gute (13 %) oder schlechte (6 %) Seiten zu. Eine Tendenz in die eine oder andere Richtung zeichnet sich nicht ab. In ihren verbalen Notizen vertreten zahlreiche Teilnehmer die Auffassung, dass es ein grundsätzlicher Fehler der Vereinigungspolitik gewesen sei, faktisch keine der »guten Seiten der DDR« in das vereinte Deutschland zu übernehmen (z. B. das Angebot an Kindereinrichtungen).

Abbildung 12: Bewertung der Relationen von guten und schlechten Seiten der DDR



Frage­text: «Wenn Sie zurückdenken: Wie war das Leben in der DDR insgesamt gesehen?» – Es gab in der DDR 1 nur schlechte Seiten, 2 mehr schlechte als gute Seiten, 3 gute und schlechte Seiten, 4 mehr gute Seiten, 5 nur gute Seiten.
Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

Abbildung 13: Glauben an sozialistische Ideale



Frage­text: «Wie standen Sie a) vor der Wende zu den sozialistischen Idealen, und b) wie stehen Sie heute dazu?» – Ich war/bin 1 sehr dafür, 2 eher dafür als dagegen, 3 eher dagegen als dafür, 4 sehr dagegen.
Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

Viele glauben an sozialistische Ideale, zweifeln aber an ihrer Verwirklichung

Eine zentrale Forschungsfrage lautet, inwieweit die Teilnehmer unserer Untersuchung auch nach dem Untergang der DDR und des »Sozialistischen Weltsystems« noch an sozialistische Ideale glauben. In diesem Zusammenhang interessiert auch, inwieweit sie nach ihrer heutigen Erinnerung vor der »Wende« zu diesen Idealen standen (Abb. 13). Bemerkenswert ist der signifikante Zuwachs beim Anteil der Panelmitglieder, die sich in ihrer Erinnerung vor der »Wende« zu den sozialistischen Idealen bekannt haben. 1993 waren das 54 %, 2000 bereits 64 %. Zu vermuten ist, dass ein Teil der Panelmitglieder die ursprüng-

liche Identifikation mit sozialistischem Gedankengut nach dem Systemwechsel eine Zeit lang verdrängt hatte, sich aber jetzt dieser Identifikation wieder bewusst wird. Für diese Hypothese sprechen weitere Ergebnisse, auf die wir noch eingehen.

Aus den Angaben zur Gegenwart geht hervor, dass immerhin die reichliche Hälfte auch gegenwärtig an sozialistische Ideale glaubt. Gegenüber 1993 ist ein leichter, aber ebenfalls signifikanter Zuwachs von 45 % auf 52 % zu beobachten. Sozialistische Ideale sind offensichtlich trotz des Zusammenbruchs des »real existierenden Sozialismus« nicht aus dem Bewusstsein dieser jungen Ostdeutschen verschwunden. Allerdings nehmen weitaus weniger an, dass diese Ideale in der Zukunft verwirklicht werden. Die

Tabelle 8: Einstellung zu einem reformierten Sozialismus

	1	2	3	4	5	X	V	POP	KOP	NEP
1992	19	20	24	17	20	3,0	–	–	–	–
1993	24	20	26	13	17	2,8	92:93	27	48	25
1994	18	18	27	17	20	3,0	93:94	18	49	33
1995	19	22	27	16	16	2,9	94:95	35	44	21
1996	16	23	30	15	16	2,9	95:96	24	48	28
1998	20	23	27	15	15	2,8	96:98	28	50	22
2000	16	21	29	17	17	3,0	98:00	19	50	31

Fragetext: »Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung.« – Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht.
Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

Prozentquoten derer, die stark daran glauben, lagen 1994 bei 14 % und sind im Jahr 2000 sogar auf 9 % zurückgegangen (Tab. 7). Erheblich mehr plädieren für eine reformsozialistische Alternative zum jetzigen System (Tab. 8).

Schon von den Prozentverteilungen her ist erkennbar: Die Auffassungen zu einem reformsozialistischen Gesellschaftsmodell streuen in jeder Untersuchungswelle enorm. Die Panelmitglieder sind in dieser politischen Grundfrage seit Jahren gespalten, meist mit einem leichten Übergewicht der Anhänger einer Alternative, das gegenwärtig nur tendenziell besteht: 2000 würden 37 % eine reformsozialistische Alternative der gegenwärtigen Ordnung vorziehen, 34 % votieren dagegen, 29 % äußern sich ambivalent. Die Meinungsbildung dazu hält nach wie vor an; in welche Richtung der Trend bei diesen jungen Ostdeutschen gehen wird, ist völlig offen. Das belegen auch die angeführten Längsschnittkoeffizienten: Der Anteil derer, die zwischen den Wellen ihre Auffassung konstant beibehalten haben (KOP), ist mit nur rund der Hälfte weitaus geringer als bei der Grundhaltung zur deutschen Einheit.

Keine Zukunft in Ostdeutschland

Als ein sehr ernst zu nehmendes Signal ist die Tatsache zu werten, dass immer weniger Teilnehmer ihre eigene Zukunft mit Ostdeutschland verbinden. Im einleitenden Abschnitt hatten wir bereits erwähnt, dass der Glaube der Panelmitglieder an eine gesicherte Zukunft in der DDR in deren Endzeit nur unwesentlich zurückging, trotz massiv schwindender politischer Identifikation (Abb. 1). Aufschlussreich ist, wie sich diese Zukunftszuversicht nun bezogen auf Ostdeutschland entwickelte (Abb. 14).

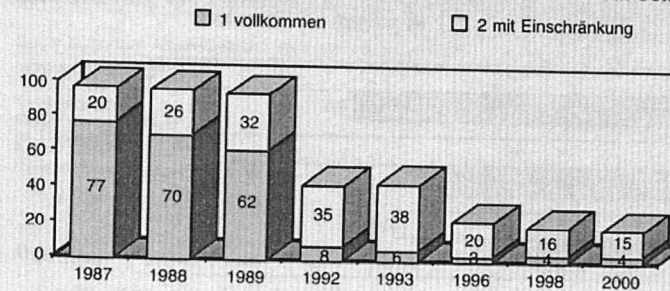
Dieser Trend gehört zu den aussagekräftigsten Ergebnissen der Studie, tragen doch Einschätzungen der Jugendlichen über ihre Zukunft – wie die Autoren der Shell-Studie völlig zu Recht feststellen – geradezu seismographischen Charakter.⁵ Unübersehbar ist, dass diese individuelle Prognose nach der »Wende« geradezu abstürzte und vermutlich ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht hat – Echo der realen wirtschaftlichen und sozialen Situation in Ostdeutschland und der zunehmend pessimistischen Erwartungen für deren Entwicklung in absehbarer Zukunft, insbesondere mit Blick auf den Arbeitsmarkt. Die Warnungen von Politikern vor einer weiteren Verschärfung der Lage und einer erneuten Abwanderungswelle junger Ostdeutscher in Richtung Westen sind vollkommen berechtigt. Unsere Studie zeigt: Bei fast allen Teilnehmern, die jetzt im Westteil oder im Ausland leben, spielten die von ihnen als gering bewerteten Zukunftschancen im Osten eine große Rolle für ihren Entschluss, abzuwandern. Auch künftig ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die weit verbreiteten Zweifel an einer gesicherten Zukunft im Osten weitere Panelmitglieder zur Übersiedlung in den Westteil bewegen werden.

Wesentliche Einflussfaktoren

Die Anlage unserer Untersuchung als Längsschnittstudie macht es möglich, über charakteristische Trends hinaus auch Einflussfaktoren nachzuweisen, die hinter diesen Trends stehen, insbesondere hinter denen mehr oder weniger stark ausgeprägter Kritik am jetzigen Gesellschaftssystem. Sie lassen sich überwiegend auf den gemeinsamen Nenner *persönliche Erfahrung*

⁵ Vgl. Deutsche Shell (Hrsg.), Jugend 2000, Opladen 2000, Bd. 1, S. 286.

Abbildung 14: Vorstellungen zur sicheren Zukunft in der DDR bzw. in Ostdeutschland



Anteile uneingeschränkter (Ap 1) und leicht eingeschränkter (Ap 2) Zuversicht. Fragetext: »Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft« (1987 bis 1989) bzw. »Ich habe in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft« (ab 1992). – Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht.
Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

rungen mit dem neuen Gesellschaftssystem bringen. Wie schon vor der »Wende«, so sind auch gegenwärtig nicht Rhetorik und Versprechungen von Parteien und Politikern (»Blühende Landschaften«) entscheidend für die Identifikation mit dem Gesellschaftssystem, sondern das persönliche Erleben der gesellschaftlichen Realität. Und diese Erfahrungen sind, wie die Daten belegen, hochgradig ambivalent, auch zehn Jahre nach der Vereinigung: Auf die Frage danach, welche persönlichen Erfahrungen sie bisher mit dem neuen Gesellschaftssystem gemacht haben, verweisen im Jahr 2000 die meisten Teilnehmer (63 %) auf sowohl positive als auch negative Erfahrungen, 32 % nennen positive, 5 % negative Erfahrungen. Diese Ambivalenz der Erfahrungen korreliert hoch mit der erwähnten ambivalenten Bewertung der Folgen der Vereinigung. Einige dieser Erfahrungen unserer Untersuchungsteilnehmer sollen kurz genannt werden.

Persönlich erfahrene Arbeitslosigkeit, zurückgehende Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes

Die Erfahrung Arbeitslosigkeit – selbst am Ende der DDR als persönlich völlig irrelevant angesehen – geht wie ein Riss durch die gesamte Population. Sie wirkt sich deutlich dämpfend auf die Zufriedenheit mit dem Gesellschaftssystem aus und nährt Zweifel an seiner Zukunftsfähigkeit, hat aber auch erhebliche negative Folgen für die körperliche und psychische Gesund-

Tabelle 9: Bisherige Erfahrung eigener Arbeitslosigkeit

	1	2	3
1996	17	31	52
1998	23	31	46
2000	26	32	42
männlich	26	35	39
weiblich	26	30	44

Fragetext: »Waren Sie arbeitslos? (einschließlich eventueller jetziger Arbeitslosigkeit)« – 1 ja, mehrmals; 2 ja, einmal; 3 nein.
Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

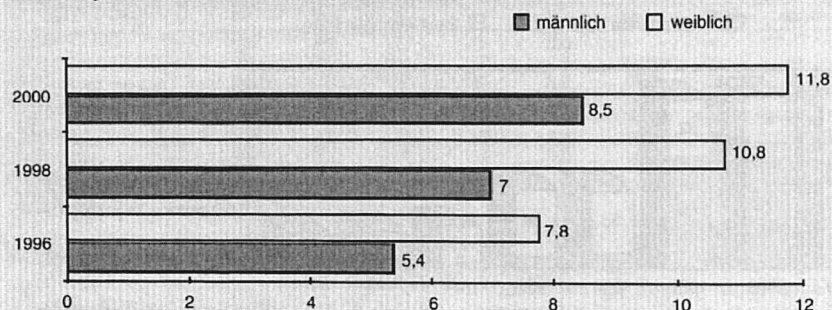
heit selbst bei den noch verhältnismäßig jungen Panelmitgliedern. Außerdem erhöht sie nachweislich ihre Protestbereitschaft.

Zum Zeitpunkt der Befragung im Jahr 2000 waren zwar nur 4 % der Panelmitglieder arbeitslos (das hängt vor allem damit zusammen, dass zahlreiche weibliche Teilnehmer im Erziehungsurlaub sind). Der Anteil derer, die überhaupt schon die Erfahrung eigener Arbeitslosigkeit machen mussten, ist dagegen weitaus höher (Tab. 9).

Der Anteil der Panelmitglieder mit dieser stark prägenden Grunderfahrung hat seit 1996 deutlich zugenommen; im Jahr 2000 sind es mit 58 % schon mehr als die Hälfte, die mehrmals (26 %) oder einmal (32 %) arbeitslos waren, mit nur geringen Unterschieden zwischen den Geschlechtergruppen. Beträchtliche Unterschiede zwischen den Geschlechtergruppen bestehen dagegen im Hinblick auf die bisherige Dauer der Arbeitslosigkeit insgesamt (Abb. 15).

Erkennbar ist, dass die jungen Frauen im Durchschnitt gesehen zu jedem Zeitpunkt erheblich

Abbildung 15: Mittlere Dauer bisheriger Arbeitslosigkeit in Monaten



Die Teilnehmerinnen gaben die bisherige Gesamtdauer von Arbeitslosigkeit in Monaten an.
Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

länger arbeitslos waren als die jungen Männer. Vor allem ihre Durchschnittswerte haben die Gesamtdauer bisheriger Arbeitslosigkeit im Panel deutlich angehoben: von 6,7 Monaten 1996 auf 9,0 Monate 1998 und auf 10,2 Monate 2000. Länger arbeitslos als insgesamt ein Jahr waren 2000 bereits 25 % aller Teilnehmer, darunter 30 % der weiblichen gegenüber 20 % der männlichen.

Außerdem muss berücksichtigt werden, dass auch ein beachtlicher Teil der Eltern unserer Teilnehmer von Arbeitslosigkeit betroffen ist: Im Jahr 2000 geben 37 % der Teilnehmer an, dass ihre Eltern (beide oder ein Elternteil) arbeitslos sind. Die Väter und Mütter unserer Panelmitglieder gehören als etwa 50-Jährige zu jener Generation, die im Osten massiv aus der Erwerbstätigkeit herausgedrängt wurde oder noch wird. Außerdem geben 9 % der Teilnehmer an, dass ihr Lebenspartner arbeitslos ist. Aus der individuellen Kopplung dieser Angaben geht hervor, dass bis 2000 immerhin 72 % der Teilnehmer direkt oder indirekt mit den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden – mit nachweislich erheblichen Konsequenzen für ihre politischen Einstellungen und ihre Befindlichkeit. Arbeitslosigkeit der Eltern und/oder des Partners und die damit verbundenen Sorgen machen vielen Teilnehmern zusätzlich zu schaffen, vermindern ihre eigene Zukunftszuversicht, dämpfen ihre Zufriedenheit mit der Gesellschaft.

Hinzu kommt, dass seit 1992 das Gefühl, gegenwärtig einen sicheren Arbeits- bzw. Ausbil-

dungsplatz zu besitzen, zurückgegangen ist. Das gilt auch für jene Teilnehmer, die bisher noch nicht arbeitslos waren. Besonders häufig verunsichert sind die weiblichen Teilnehmer, eine weitere Erklärung für ihre überwiegend kritische Einstellung gegenüber dem jetzigen System.

Wie sehr persönlich erlittene Arbeitslosigkeit den Blick auf die jetzige Gesellschaft beeinflusst, belegt exemplarisch der enge, hoch signifikante Zusammenhang mit der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung (Tab. 10). Panelmitglieder, die selbst Arbeitslosigkeit erfahren mussten, stehen der Wirtschaftsordnung deutlich kritischer gegenüber als jene, auf die das nicht zutrifft. Dabei spielt auch die Dauer eine Rolle: Je länger die Gesamtdauer bisheriger Arbeitslosigkeit, desto geringer ist die Zufriedenheit. Arbeitslosigkeit ist natürlich nur ein Einflussfaktor neben zahlreichen weiteren, aber ein sehr gewichtiger.

Geringe Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung

Die Teilnehmer der Studie äußern sich seit Jahren mehrheitlich kritisch über ihre demokratischen Mitgestaltungsrechte, an die sie in der Wendezeit große Erwartungen hatten (Abb. 16). Diese Daten sprechen für eine beträchtliche Enttäuschung: Nur etwa ein Drittel äußert sich positiv, die wenigsten davon ohne Einschränkungen. Eine Tendenz zu größerer Zufriedenheit ist nicht auszumachen. Auch die folgenden

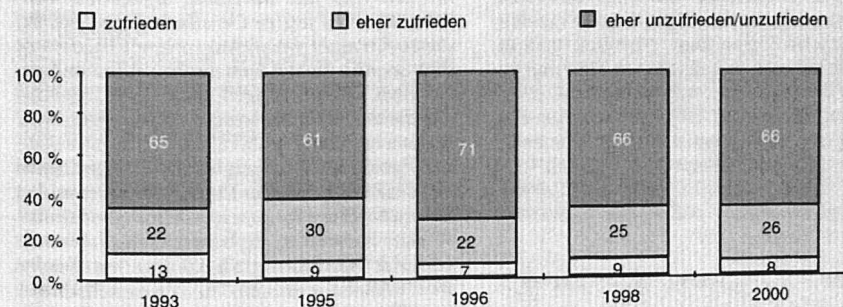
Tabelle 10: Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung 2000

Dauer bisheriger Arbeitslosigkeit	Grad der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung		
	sehr zufrieden/ zufrieden	weniger zufrieden	unzufrieden
nicht arbeitslos gewesen	48	45	7
1–3 Monate	44	42	14
4–10 Monate	30	57	13
länger als 10 Monate	23	62	15

(P = .003; sign.)

Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

Abbildung 16: Zufriedenheit mit den Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihren Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik?“ – 1 zufrieden, 2 eher zufrieden als unzufrieden, 3 eher unzufrieden als zufrieden, 4 unzufrieden.
Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

Ergebnisse lassen auf erhebliche Diskrepanzen zwischen politischer Rhetorik und persönlichen Erfahrungen schließen:

- Nur zwischen 61 und 65 % haben in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, in der Öffentlichkeit offen ihre Meinung sagen zu können.
- Mit rund 40 % bestätigen noch weniger die Erfahrung, ihren Vorgesetzten gegenüber mit ihrer Meinung nicht hinterm Berg halten zu müssen. Die Differenzierung spricht für sich: Bei Teilnehmern, die annehmen, einen sicheren Arbeits-/Ausbildungsplatz zu haben, beträgt diese Quote 2000 immerhin 66 %, bei jenen dagegen, deren Arbeits-/Ausbildungsplatz unsicher ist, nur 23 %.
- Nur 8 % stimmen zu, Einfluss auf die Gesellschaft nehmen zu können.
- Nur zwischen 3 % und 4 % meinen, dass die Politiker an ihrer Meinung interessiert sind.

Tabelle 11: Persönliche Erfahrungen hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit

	ja	nein	schwer zu sagen
1996	17	53	30
1998	20	48	32
2000	26	42	32

Fragetext: „Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren die Erfahrung gemacht, dass Sie Ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten?“
Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

Erhebliche Defizite im Erleben sozialer Gerechtigkeit

Das viel diskutierte »Gerechtigkeitsdefizit« ist auch bei den Teilnehmern dieser Studie nicht zu übersehen (Tab. 11).

Die Chancen, es in der heutigen Gesellschaft durch Leistung zu etwas zu bringen, werden seit Jahren zurückhaltend beurteilt: im Jahr 2000 sind nur 23 % damit zufrieden, weitere 44 % eher zufrieden als unzufrieden, 33 % mehr oder

weniger unzufrieden mit zunehmender Tendenz. In den zusätzlichen Notizen werden in diesem Zusammenhang oft die als ungerecht empfundenen Einkommensunterschiede zwischen Ost und West trotz gleicher Leistung genannt.

Erfahrung, als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden

Knapp die Hälfte der Panelmitglieder (48 %) stimmt 2000 zu, von vielen Westdeutschen als »Deutsche zweiter Klasse« behandelt zu werden – eine Erfahrung, die die Identifikation mit dem neuen Gesellschaftssystem erheblich dämpft. Nur 23 % haben keine derartigen Erfahrungen gemacht, 29 % äußern sich ambivalent. Diese Relationen werden seit 1995 mit geringen Abweichungen beobachtet, ein abnehmender Trend ist nicht erkennbar.

Langzeitwirkungen der politischen Sozialisation in der DDR

Ein weiterer Einflussfaktor darf nicht unerwähnt bleiben, zumal er an Bedeutung zu gewinnen scheint: die Nachwirkungen der in der DDR erfahrenen politischen Sozialisation. Belege für die Existenz solcher Nachwirkungen liefert unsere Untersuchung in zweifacher Hinsicht. Zunächst ist erkennbar, dass offensichtlich ein Prozess der *Aufwertung früherer Schulkenntnisse über den Kapitalismus* eingesetzt hat, zweifellos im Zusammenspiel mit aktuellen Erfahrungen. So stimmen im Jahr 2000 73 % aller Teilnehmer mehr oder weniger stark der vorgegebenen Aussage zu: »Es war nicht alles falsch, was wir in der Schule über den Kapitalismus gelernt haben.« Nur 8 % widersprechen der Aussage, 19 % äußern sich ambivalent. Diese Aufwertung zeigt sich 2000 auch bei wesentlichen Lerninhalten des damaligen Staatsbürgerkundeunterrichts: Für 76 % stimmt heute die damalige Behauptung, dass die eigentlichen Machthaber die großen Konzerne und Banken seien; 50 % meinen, dass es in der heutigen Bundesrepublik noch Klassenkampf gebe; für 49 % trifft heute die damalige Kennzeichnung der Bundesrepublik als Gesellschaft zu, in der die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten.

Die Anlage der Untersuchung macht es darüber hinaus auch möglich, dem Einfluss früherer Bindungen an das sozialistische System und dessen Werte auf die heutigen politischen Einstellungen nachzugehen. Diese Bindungen sind zwar in der Endzeit der DDR stark zurückgegangen, ein »Nullpunkt« war jedoch – wie eingangs erwähnt – keineswegs erreicht.

Die Studie belegt, dass solche früheren Bindungen in der jüngsten Zeit wieder aufleben, reaktiviert werden.⁶ *Untersuchungsteilnehmer, die vor der Wende stark systemverbunden waren, urteilen jetzt fast durchweg signifikant kritischer über die jetzige Gesellschaft als jene, bei denen das nicht zutrifft.* Anzunehmen ist, dass sie ihre ursprünglichen weltanschaulichen und politischen Orientierungen nach 1989 zunächst verdrängt hatten. Sie werden ihnen nun im Kontext neuer, häufig ambivalenter oder gar negativer eigener Erfahrungen wieder bewusst. So ist es kein Zufall, dass der Einfluss früherer starker Systembindung bei jenen Panelmitgliedern besonders hervortritt, die bereits direkt oder indirekt mit Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden bzw. erhebliche existenzielle Verunsicherungen verarbeiten mussten. Wesentliche Einflussgrößen sind vermutlich auch ein gestiegenes Selbstbewusstsein der Panelmitglieder und nicht zuletzt die generell eher kritische Stimmung in Ostdeutschland über den realen Verlauf des Vereinigungsprozesses.

Negative Langzeitwirkungen früherer Systembindungen auf die heutigen Einstellungen gegenüber Ausländern, zur Gewalt und zur Toleranz gegenüber Andersdenkenden, wie sie mitunter behauptet werden (in keinem Falle mit konkreten Daten belegt), konnten bei den Untersuchungsteilnehmern übrigens *nicht* beobachtet werden. Dasselbe gilt für die in der DDR praktizierte Gruppen-/Kollektiverziehung. Wir stellen diesen Spekulationen die Daten unserer Studie entgegen, exemplarisch dargestellt anhand der Einstellung zu Ausländern (Tab. 12).

Zwischen der früheren Systembindung und der heutigen Einstellung zu Ausländern besteht keinerlei Zusammenhang. Und: Untersuchungsteilnehmer, die in der 10. Klasse nach ihrer

⁶ Differenziertere Aussagen und Ergebnisse zu unserer »Reaktivierungshypothese« siehe bei P. Förster, Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger (Anm. 2), S. 183 ff.

Tabelle 12: Einstellung zu Ausländern 2000, differenziert nach dem Grad der Systembindung bzw. der Kollektivorientierung 1989 sowie nach dem Grad der beruflichen Zukunftsoversicht im Jahr 2000

	1+2	3	4+5
<i>Systembindung Frühjahr 1989:</i>			
stark			
mittel	35	36	29
schwach	30	51	19
(P = .345; nicht sign.)	30	40	30
<i>Kollektivorientierung 1989:</i>			
sehr stark			
stark	34	39	27
mittel bis schwach	30	41	29
(P = .817; nicht sign.)	30	54	16
<i>berufliche Zukunftsoversicht 2000:</i>			
stark			
mittel	25	30	45
schwach	29	46	25
(P = .004; sign.)	38	42	20

Antworten: Ich bin gefühlsmäßig 1 klar gegen Ausländer; 2 mehr gegen als für Ausländer; 3 weder gegen noch für Ausländer; 4 mehr für Ausländer; 5 klar für Ausländer.
Bei den Merkmalen Systembindung bzw. Kollektivorientierung vor der »Wende« stützen wir uns auf Ergebnisse, die im Rahmen der 3. Welle im Frühjahr 1989 mittels geeigneter Indikatoren zu deren Ausprägung gewonnen wurden. Durch die Anlage der Studie können diese damaligen Daten mit aktuellen Daten in Beziehung gesetzt werden; die Werte von P beziehen sich auf die Korrelationskoeffizienten der fünfstufigen Originalskalen.
Quelle: Sächsische Längsschnittstudie.

langjährigen Zugehörigkeit zu mehreren Gruppen bzw. Kollektiven (vom Kindergarten bis zur Schulklasse/FDJ-Gruppe) und im Ergebnis intensiver Kollektiverziehung sehr stark kollektivorientiert waren, äußern heute nicht häufiger Ausländerfeindlichkeit als jene, für die das nicht in diesem Maße zutrifft. Früher sehr stark oder stark kollektivorientierte Teilnehmer bejahen heute sogar häufiger Toleranz gegenüber Andersdenkenden und lehnen Gewalt in stärkerem Maße ab. Behauptungen, dass heutiger Rechts-Extremismus zu großen Teilen auch durch die politische Sozialisation zur Zeit der DDR zu erklären sei⁷, entbehren nach unseren Erkenntnissen jeglicher Grundlage. Sie lenken von den tatsächlichen Ursachen ab, von denen unserer Studie zufolge vor allem die als Folge des Transformationsprozesses entstandenen massiven existenziellen Verunsicherungen und Ängste zu nennen sind, z. B. die Sorge um die Verwirklichung der beruflichen Zukunftspläne (s. Tab. 13).

Zusammenfassung und Ausblick

Rund zehn Jahre nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik ergibt die Bilanz der für die Teilnehmer an unserer Untersuchung vorliegenden Forschungsergebnisse ein sehr widersprüchliches Bild, liegen doch positive und negative Folgen dieser Zäsur in ihrem Leben dicht beieinander. Diese jungen Ostdeutschen haben

in diesem Zeitabschnitt von dem vereinten Deutschland Besitz ergriffen, finden sich zunehmend besser in ihm zurecht, nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile für ihre Persönlichkeitsentwicklung und für ihre berufliche Karriere, praktizieren die durchweg hoch anerkannte Reisefreiheit – soweit sie die finanziellen Mittel dafür haben. Die deutsche Einheit ist für sie zu einer Selbstverständlichkeit geworden, die – von einer Minderheit abgesehen – nicht in Frage gestellt wird.

Politisch gesehen ist dagegen erst ein kleiner Teil von ihnen in dem vereinten Deutschland »angekommen«, von den jungen Frauen noch weniger als von den jungen Männern. Symptomatisch dafür ist die geringe Zufriedenheit mit dem politischen System und mit der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung sowie ein nur schwaches Vertrauen gegenüber den demokratischen Parteien und den Politikern. Die meisten leben zwar gerne in der vereinten Bundesrepublik, doch nur eine Minderheit fühlt sich ihr politisch verbunden. Die Zukunftsfähigkeit des jetzigen Gesellschaftssystems schätzen sie als ziemlich gering ein.

Die meisten von ihnen stehen dem realen Vereinigungsprozess mit »gemischten Gefühlen« ge-

⁷ Vgl. z.B. Armin Pfahl-Traugber: »Die Entwicklung des Rechts-Extremismus in Ost- und Westdeutschland«, Aus Politik und Zeitgeschichte B 39/2000, S. 4.

genüber, vor allem dann, wenn sie selbst von negativen Folgen dieses Prozesses betroffen sind. An erster Stelle ist hier die Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland mit ihren tief gehenden materiellen und psychischen Folgeerscheinungen zu nennen, mit der immer mehr TeilnehmerInnen der Studie direkt oder indirekt konfrontiert werden und die ihr Urteil über das jetzige Gesellschaftssystem maßgeblich beeinflusst. Sie geht wie ein Riss durch die gesamte Population.

Vor allem auf die persönliche Erfahrung mit Arbeitslosigkeit ist auch die alarmierende Tendenz zurückzuführen, dass immer weniger von ihnen ihre Zukunft mit Ostdeutschland verbinden. Sehr kritisch sehen viele aber auch ihre geringen Möglichkeiten zur demokratischen Mitgestaltung, erfahrene Defizite auf dem Gebiet der Leistungsgerechtigkeit, die Behandlung als Bürger zweiter Klasse seitens vieler Westdeutscher.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, dass die bestehende Distanz vieler Teilnehmer zum neuen Gesellschaftssystem sich nicht von allein erledigt, etwa als automatische Folge ihrer Enttäuschung vom politischen System vor der »Wende« und möglicherweise weiter zunehmender materieller Zufriedenheit. Die Entwicklungsrichtung ihrer Haltung gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem wird vielmehr entscheidend davon abhängen, ob sie im Rahmen der anstehenden gesellschaftlichen Veränderungen in Ostdeutschland jene individuellen Bedingungen vorfinden, die ihre beruf-

liche Entfaltung fördern, frei von alltäglicher Sorge um den eigenen Arbeitsplatz bzw. den des Lebenspartners.

Von erheblichem Einfluss wird auch sein, ob sie sich sozial gerecht behandelt fühlen (einschließlich gerechter Entlohnung), und ob sie – wie in der Wendezeit erwartet – Demokratie spürbar als Politikform realer Mitwirkung und Mitentscheidung der Bürger erleben. Das sind allerdings keine spezifischen Jugendprobleme, sondern Herausforderungen an die Gesellschaft insgesamt.

Nach wie vor befinden sich diese jungen Ostdeutschen in einem intensiven Such- und Wandlungsprozess ihrer politischen Orientierungen und Identifikationen. Auch künftig erwarten wir starke, möglicherweise heute noch nicht absehbare Veränderungen ihrer Bewusstseinslage und ihres Verhaltens. Wie die jüngsten Ergebnisse zeigen, schließt das die Möglichkeit einer weiteren Verstärkung von Langzeitwirkungen früherer Systembindungen, ein Wiederbewusstwerden von zu DDR-Zeiten verinnerlichten Werten mit ein. Von erheblichem Einfluss wird sein, wie sich die wirtschaftliche und soziale Lage in Ostdeutschland in nächster Zukunft entwickelt.

Es ist vorgesehen, diese Langzeitforschung weiterzuführen. Das ist jedoch nur dann möglich, wenn es gelingt, eine geeignete Einrichtung für ihre Förderung zu gewinnen. Bei der letzten Befragung im Jahr 2000 erklärten sich faktisch alle TeilnehmerInnen zu weiterer Mitarbeit bereit.

sche Angelegenheit zu sein. Der ehemalige KGB-Offizier Oleg Gordiewski beschrieb die Reaktion in Moskau folgendermaßen: »Die Moskauer Zentrale war über den Anschlag auf die »Führungsrolle« der PZPR, der diskreditierten Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, entsetzt. Sie schickte alle verfügbaren polnisch-sprechenden KGB-Offiziere in die Residentur und das Verbindungsbüro in Warschau sowie in die sowjetischen Konsulate in Danzig, Krakau,

*Posen und Stettin. Wie beim ungarischen Aufstand 1956 und im Prager Frühling 1968 erhielten viele im Westen lebende Illegale des KGB die Order, als Touristen getarnt nach Polen zu reisen, da man glaubte, daß die Konterrevolutionäre mit Leuten aus dem Westen offener sprechen würden als mit Russen.*¹

Auch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) beschränkte sich nicht mehr auf die Rolle des Kooperationspartners des polnischen Sicherheitsdienstes und Beobachters der innenpolitischen Entwicklungen im Nachbarland, sondern begann, mit allen Mitteln und Methoden eines Geheimdienstes gegen die polnische Reformbewegung vorzugehen. Einschlägige Erfahrungen hatte das Mielke-Ministerium bereits ein Jahrzehnt zuvor bei der Unterdrückung des Prager Frühlings sammeln können.²

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte das MfS keine Tendenzen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik Polen gezeigt. Seit Mitte der fünfziger Jahre kooperierte es mit dem polnischen Partnerdienst auf verschiedenen Ebenen, vom Austausch nachrichtendienstlicher Technik bis hin zur arbeitsteiligen Auslandsaufklärung im Westen. Im folgenden Beitrag soll ein Einblick in die wechselnden Arbeitsschwerpunkte der Zusammenarbeit und die Konfliktzonen gegeben werden, um dann ausführlicher auf die Offensive gegen die polnische Reformbewegung 1980/81 und die Periode nach Ausrufung des Kriegsrechts einzugehen. Dabei werden erstmals einige brisante Aktenfunde mit Hintergrundinformationen zu zeitgeschichtlichen Ereignissen in Polen offeriert.

Die Anfänge der Kooperation

Der Beginn einer regulären Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsdiensten der Volksdemokratien geht auf das Jahr 1956 zurück. Auf der ersten Geheimdienstkonzferenz vom 7. bis 11. März 1956 in Moskau hatte die Sowjetunion die Aufgabenstellungen an ihre Satelliten verteilt. Die DDR-Delegation ging auf die speziellen Probleme West-Berlins und der Bundesrepublik ein und schlug »den Austausch von politischem und operativem Material«, ein gemeinsames Vorgehen gegen »feindliche Zentren in Westdeutschland und die Koordinierung der Aktivitäten an den Grenzen der DDR zu Polen und der Tschechoslowakei«³ vor. Die DDR sollte in den sensibelsten Zentren der Bundesrepu-

blik illegale Residenturen schaffen, während sich die Abwehrorgane der Volksdemokratien auf die Emigrantenorganisationen in Westdeutschland konzentrieren sollten.

Am 1. März 1956 hatte der DDR-Staatssicherheitsdienst eine Abteilung für Internationale Beziehungen ins Leben gerufen. »Alles, was die volksdemokratischen Länder betrifft«, heißt es im Gründungsbefehl, »ist über diese Abteilung zu leiten. Eine direkte Verbindungsaufnahme mit gleichgestellten Dienststellen der volksdemokratischen Länder ist ohne Zustimmung der Leitung des Ministeriums für Staatssicherheit nicht statthaft.«⁴

Für die Auslandsaufklärung wurde eine besondere Hürde errichtet. Weder der im April 1956 zur Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) umgebildete und dem MfS einverleibte Außenpolitische Nachrichtendienst (APN) unter Markus Wolf noch Staatssicherheitsminister Ernst Wollweber waren berechtigt, Aufklärungsmaterial »an irgendwelche Stellen« ohne Bestätigung der Sicherheitskommission des Zentralkomitees der SED weiterzugeben.⁵ Der Zufall will es, dass Wollweber die im selben Jahr ausbrechenden Unruhen in Polen, die als »Polnischer Oktober« in die Geschichte eingingen und u.a. die Auflösung des Komitees für öffentliche Sicherheit zur Folge hatten⁶, in Warschau erlebte, wo er vom polnischen Innenminister über die laufenden Ereignisse informiert wurde.⁷

1 Vgl. Oleg Gordiewski / Christopher Andrew, KGB. Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow, München 1990, S. 746.

2 Vgl. Monika Tantzsch, Maßnahme »Donau« und Einsatz »Genesung«. Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 im Spiegel der MfS-Akten, BStU, Reihe B Analysen und Berichte 1/04; doc.: »Staatssicherheit mit »menschlichem Antlitz«. Die Folgen des Prager Frühlings für den tschechoslowakischen Staatssicherheitsdienst und seine Wechselbeziehungen zum MfS«, DA 4/1998, S. 533–546.

3 Vgl. George Bailey / Sergej A. Kondraschow / David E. Murphy, Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997, S. 392 ff.

4 Vgl. MfS-Befehl Nr. 87/56 vom 1. 3. 1956; BStU, Zentralarchiv (ZA), Dokumentenstelle (DSt) 100151.

5 Vgl. Protokoll der 9. Sicherheitskommission des ZK der SED vom 20. 4. 1956; Bundesarchiv-Militärarchiv (BAMA), DVW 1/39551, MINV, NVR S. 5. Quelle von Bodo Wegmann.

6 Das am 13. November 1956 erlassene Dekret über die Organisation der Staatsführungsorgane verfügte u. a., dass sich das Ministerium des Innern künftig mit Fragen der Staatssicherheit zu befassen hat. Vgl. Wojciech Sawicki: »Was weiß man von den Geheimdiensten der Volksrepublik Polen?«, Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 6/1998, S. 70.

»Die Feinde des Sozialismus haben alle auf einem Sofa Platz«

Die geheimdienstlichen Beziehungen der DDR zur Volksrepublik Polen

Monika Tantzsch, Berlin

Im August vergangenen Jahres feierte Polen das 20-jährige Jubiläum der Unterzeichnung des Danziger Abkommens, eines in der Geschichte der östlichen Staatengemeinschaft einmaligen Gesellschaftsvertrages, der, wie man heute weiß, die Endphase des real existierenden Sozialismus einläutete. Mit der Zulassung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność hatte die Bewegung für nationale Selbstbestimmung und Demokratisierung aufgehört, eine innerpolni-